

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 8) und Dresden (bei C. Höpner, Neustadt, an der Brücke, Nr. 2).

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 1 Rgr.

Preis: Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zwei Mal und wird abgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 5 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Rthl.; jede einzelne Nummer 1 Rgr.

Zur Zollfrage.

++ Aus Sachsen, 2. Nov. Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, daß kein Land weniger Schulden, keine eine blühendere Industrie und eine wohlhabendere Bevölkerung besitzt als die Schweiz. Man wird nirgend weniger als auf der gouvernementalen Seite geneigt sein, behaupten zu wollen, daß die politischen Institutionen dieses Landes die Ursache dieser sonderbaren Erscheinung seien, man kann sie nicht durch Vorzüge der Natur erklären, die in der Schweiz zwar schön, aber von einer geringen Fruchtbarkeit ist. Es bleibt daher nichts Anderes übrig als von vornherein die Handelsfreiheit, die absolute Handelsfreiheit, wie die Schweiz sie bis vor kurzem genoss, als die Quelle jener Wohlhabenheit, jener blühenden Industrie in einem geographisch für den Handel ungünstig gelegenen Lande zu betrachten. Die Schweiz blüht, während ihre Grenzen der Ausfuhr durch deutsche, österreichische, französische und italienische Zolllinien verschlossen oder doch hinderlich waren; andere Staaten verarmten, während sie selbst ihre Grenzen der Einfuhr verschlossen hatten. Es scheint daher das Gedeihen noch leichter ohne Ausfuhr nach den Nachbarstaaten als ohne Einfuhr von denselben möglich. Warum verschließt man nun gegen solchen glänzenden Beweis für die Handelsfreiheit fortwährend die Augen, warum benützt man nicht das leichte Mittel, den Wunsch jeder Regierung, Wohlstand verbreitet zu sehen, zu verwirklichen? Uns ist es unmöglich, eine Antwort auf diese Frage zu finden. Es fehlt jede Erklärung der sonderbaren Thatsache, daß man an so vielen Orten die ganze Staatspolitik, das Interesse der Finanzen, den Zweck und die Absicht der Regierungen den Unternehmern einiger Fabriken opfert. Wir können nicht dringend genug und nicht oft genug darauf aufmerksam machen, daß jene Antwort fehlt, in einem Augenblicke namentlich, wo die Wahl zwischen Handelsfreiheit und Schutzzoll von so unendlich wichtiger Bedeutung für Sachsen werden kann.

In der Kündigung des Zollvereins durch Preußen, wie sie bereits als bestimmt bezeichnet wird, liegt unser Trachten die Anfrage, welches der beiden Systeme wir wählen wollen. Wollte Preußen bei dem bisherigen Schuttsysteme verharrten, es wäre nicht einzusehen, was die Kündigung zu bedeuten hätte. Preußen will aber, so scheint es vielmehr, die Hände frei haben, um mit Hannover eine Handelspolitik einschlagen zu können, ohne welche die Realisation des Vertrags vom 7. Sept. gegenüber den hannoverschen Kammern zweifelhaft, und ohne welche der Anschluß Mecklenburgs und der Hansestädte undenkbar ist. Je mehr eine freisinnige Handelspolitik wirklich der Zweck der preussischen Regierung ist, desto weniger ist es die Politik, welche sich in die Frage mischt. Bei einem Schutzzollsystem von Berlin, bei einem von Wien aus vorgeschlagen, bei dem Nachtheil von beiden Seiten würde, das geben wir zu, die politische Neigung des Ministeriums, sei es nun eine, welche wir theilen oder nicht, das natürliche Recht haben, die Richtung der Wahl zu bestimmen. Bei einer Verschiedenheit der Handelspolitik aber, wirklich berufen, zwischen Nachtheil und Vortheil, zwischen der Theorie ohne Beispiel von Erfolg und dem Principe, so glänzend bewährt, selbst da, wo es unter den ungünstigsten Verhältnissen herrschte, zwischen Schutzzoll und Handelsfreiheit zu entscheiden, bei einer Verschiedenheit der Handelspolitik, da glauben wir, daß in Sachsen die Politik zurücktreten müsse, daß nur Das, was das materielle Wohl des Landes zu fördern geeignet ist, maßgebend sein dürfe. In Berlin ist dies ohne Zweifel erkannt worden, das preussische Ministerium hat begriffen, wie man nicht den österreichischen Vorschlägen Concurrenz machen könne, indem man nichts Besseres, nichts Vortheilhafteres anbiete. Die sächsische Regierung wird also wahrscheinlich in den Fall kommen, zwischen zweierlei Handelspolitik wählen zu müssen. Wir erlauben uns die Hoffnung auszusprechen, daß in diesem Falle die Regierung sich erinnere, wie es keine Antwort gibt auf die Frage, warum der Schutzzoll der Handelsfreiheit bisher vorgezogen wurde, und wie in einem Vergleiche der wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz und Deutschlands ein unwiderlegbarer Beweis gegen jenen Vorzug liegt.

Deutschland.

Berlin, 3. Nov. Es werden von verschiedenen Seiten Nachrichten über durchgreifende Veränderungen des Heerwesens, schlechte Finanzlage des Staats, Nothwendigkeit einer neuen Anleihe, verbreitet. Wir können diesen Nachrichten bestimmt widersprechen. Die Regierung braucht keine Anleihe und wird keine beantragen, ebenso wenig wird eine Umbildung unsers Heeres oder eine Erhöhung unsers Militäretats, die eine besondere Anstrengung der Steuerkräfte notwendig machte, beabsichtigt. Daß die von verschiedenen Seiten gemachten Reorganisationsvorschläge für die preussische Armee im Kriegsministerium in Betracht gezogen worden sind und daß man ihnen

gebührenderweise Beachtung schenkt, soll keineswegs bestritten werden, aber von einer Umbildung unsers Heeres oder auch nur von größern Versuchen in dieser Beziehung ist im Staatsministerium bisher nie die Rede gewesen. Weiter können wir auch mittheilen, daß die Gerüchte, welche von einem in Rücksicht auf Berlin zu befolgenden Fortificationsystem sprechen, der Begründung ermangeln. — Von einem seitens der Bundesversammlung getroffenen Beschlusse, für gewisse Eventualitäten sofort den Kriegszustand eintreten zu lassen, kann füglich nicht die Rede sein. Verhandlungen, welche man hierbei im Auge hat, sind nur in vertraulicher Sitzung gepflogen worden und ein Bundesbeschluß liegt schon darum nicht vor. — Nachrichten aus Frankfurt zufolge, spricht sich dort eine große Geneigtheit aus, die von dem Dr. Plath, bisherigem Bibliothekar der Reichsbibliothek, eingereichte Denkschrift, welche die Fortsetzung jener Bibliothek durch Verordnung, daß alle deutschen Buchhändler zur Ablieferung eines Exemplars ihrer Verlagwerke verpflichtet sind, in nähere Erwägung zu ziehen und dem gemachten Vorschlage beizupflichten.

Der pommerische Provinziallandtag hat eine Petition einstimmig angenommen, des Inhalts: den König zu bitten, den Provinziallandtag in seinen ihm unterm 5. Juni 1823 gemachten Zusagen (soll heißen: zugesagten Rechten) zu schätzen und demgemäß den von ihm gefehrig einzuholenden Beirath nicht wieder zu übergehen.

Hannover, 3. Nov. Die Hannoversche Zeitung meldet: Der König hat eine leidliche Nacht gehabt, im Uebrigen ist der Zustand unverändert.

Aus Stade vom 30. Oct. berichtet die Hannoversche Presse: In diesen Tagen ist von dem Ministerium des Innern bei dem hiesigen Magistrat ein von diesem und den Bürgerrepräsentanten zu vollziehender Reces eingegangen, wodurch über die Verhältnisse des Personals der hiesigen städtischen Behörden Bestimmungen getroffen werden. Danach soll das Personal des Stadtgerichts auf den Etat der Staatsdiener übergehen, die Magistratsmitglieder aber ferner auf dem Budget der Stadt verbleiben. Das Ministerium wird dadurch in den Stand gesetzt, mit dem Eintritte der neuen Organisationen die Personen des bisherigen Stadtgerichts zu pensioniren oder bei dem künftigen Obergerichte zu verwenden. Muthmaßlich sind ähnliche Verfügungen an alle Städte, welche bisher eigene Gerichtsbarkeit besaßen, ergangen, und würde damit das Ministerium einen nicht unwichtigen Schritt auf dem Wege der Einführung der neuen Reformen gethan haben. Die Hannoversche Zeitung fügt dieser Nachricht hinzu, daß in der That ähnliche Verfügungen an solche Städte ergangen seien.

Hamburg, 2. Nov. Unsere Sechziger haben vorgestern das ihnen wieder vorgelegte Preßgesetz pure angenommen; daran war überhaupt nicht zu zweifeln, nachdem die Meinung, ein Bundespreßgesetz mit nächstem zu erhalten, zufolge der Eröffnung des Senats aufgegeben werden mußte. Ungefähr 38 Mitglieder genannten Collegiums waren am 31. Oct. beisammen, nur Wenige votirten ablehnend. Etliche Mitglieder waren mit der eingetretenen Milderung des Maximums der Strafanlage (von 3000 Mk. auf 2000 Mk. und von 2000 auf 1000 Mk.) nicht einverstanden; andere Anwesende, besonders ein paar Buchhändler (die allerdings hier pro domo zu sprechen hinlängliche Veranlassung hatten) bekämpften lebhaft, jedoch ohne Erfolg, den §. 26, welcher das bloße richterliche Ermessen nach „obwaltenden Umständen“ — indem auch indirecte Vergehen strafbar sein sollen — an die Stelle fester Normen setzt, wogegen sich schon in dem Rath- und Bürgerconvent vom 30. Juni der Unwille, selbst streng conservativ Gesinnter, am lautesten aussprach. (Wef.-3.)

Ein Artikel der Oesterreichischen Correspondenz ist nicht allein wegen der Art und Weise, wie darin von dem Eintreffen einer „Entschuldigung“ Lord Palmerston's gesprochen wird, sondern auch deshalb bemerkenswerth, weil er einen neuen Beweis für die Empfindlichkeit des wiener Cabinets gibt, mit der es die jegige Bewegung in England und das Auftreten Kossuth's beobachtet. Die officielle Lithographie sagt: „Während die Wogen des Kossuthschwinds in England immer noch hochgehen, während der Agitator selbst mit dialektischer Vielwendigkeit und ihm eigenthümlicher Beweglichkeit den politischen Gefühlen des britischen Volks zu schmeicheln beflissen ist und den revolutionären, auf die Erschütterung des Gleichgewichts von ganz Europa berechneten Kampf und die Unabhängigkeit Ungarns als eine Art von Controverse über die Vorzüge des Centralisationsystems und der municipalen Autonomie darzustellen beliebt, hat der Lenker der auswärtigen Angelegenheiten Englands Takt und Schicklichkeitsgefühl genug gehabt, um das auf der Insel zum Besten gegebene Schauspiel, so weit dies angeht, zu entschuldigen. Freilich scheint es selbstverständlich, daß alle Agenten der englischen Regierung der Theilnahme an dem dortigen Treiben sich enthalten würden. Eine derartige Zusicherung war übrigens unerlässlich, wenn die